

„Auf dem richtigen Weg“

Interview S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein mit
Herrn Günther Fritz, Liechtensteiner Vaterland

13. Februar 2010

Durchlaucht, an Ihrem Geburtstag vor zwei Jahren, am 14. Februar 2008, ist mit der Verhaftung des deutschen Postchefs Klaus Zumwinkel die liechtensteinisch-deutsche Steueraffäre ausgebrochen. Inzwischen wurde Liechtenstein auf die weisse OECD-Liste gesetzt. Welcher Anteil an diesem Paradigmenwechsel ist Heinrich Kieber zuzuschreiben?

Der Paradigmenwechsel ist weniger Heinrich Kieber zuzuschreiben, als vielmehr dem Umstand, dass sich die damalige deutsche Regierung einfach über rechtsstaatliche Prinzipien hinweggesetzt hat. Heinrich Kieber hat schon vorher versucht, diese Listen zu verkaufen. Er war nicht erfolgreich, bis dann die deutsche Regierung bzw. Herr Steinbrück entschieden haben, die gestohlenen Daten zu kaufen.

Wie stehen nach Ihrer Ansicht die Chancen, dass es den liechtensteinischen Justizbehörden eines Tages gelingen wird, den Datenräuber zur Verantwortung zu ziehen?

Die Chancen dürften gering sein. Er hat von den deutschen Behörden eine neue Identität bekommen und wird sich hüten, hier nach Liechtenstein zu kommen. Falls er nämlich gefasst würde, würde hier ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Welche Lehren haben Sie aus diesem Datenklau gezogen, einerseits als Banker in sicherheitstechnischer und andererseits als Staatsoberhaupt in aussenpolitischer Hinsicht?

Bei der LGT hat man sich natürlich Gedanken gemacht, wie es Kieber gelungen ist, sich diese Daten zu beschaffen. Es wurden zusätzliche Sicherheitsmassnahmen getroffen, um in Zukunft so etwas zu verhindern. Dabei zeigt die Erfahrung, dass es einfach keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Aus aussenpolitischer Sicht ist zu sagen, dass es für kleine Staaten schwierig wird, wenn grosse Staaten mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln Druck auf sie ausüben.

Auch die Schweiz sieht sich nun mit einem Fall «Kieber» konfrontiert. Die deutsche Regierung hat grünes Licht für den Kauf gestohlener Schweizer Bankdaten über deutsche Steuersünder gegeben. Was halten Sie davon?

Mit dem Fall «Kieber» liegt natürlich ein Präzedenzfall vor. Dieses Vorgehen wird mit der Steuergerechtigkeit begründet. Ist aber die Steuergesetzgebung, deren Handhabung sowie die Verwendung der Steuergelder gerecht? Es kommt hinzu, dass in fast allen Staaten die Steuergesetze so kompliziert sind, dass ein normaler Mensch sich dort nicht mehr auskennt.

Was waren die Gründe für den Verkauf der LGT-Treuhand? Waren Ihnen die dort verwalteten, steuerlich nicht deklarierten Gelder ein zu grosses Risiko geworden?

Nein, das war nicht der ausschlaggebende Grund. Wir haben schon länger mit dem Gedanken gespielt, diesen Bereich abzustossen, weil wir uns international auf die Vermögensverwaltung fokussieren wollten. Die LGT Treuhand war ein relativ kleines Unternehmen – auch im Vergleich zu den

grossen liechtensteinischen Anwaltskanzleien. Wir waren der Auffassung, dass dieses Geschäft besser in eine grosse Anwaltskanzlei passt, die auch über eine entsprechende Infrastruktur verfügt, die wir in einer solchen Form nicht bieten konnten.

Liechtenstein hat inzwischen 14 OECD-konforme Steuerabkommen abgeschlossen und ist mit dem vollen Dutzend von der grauen auf die weisse Liste gelangt. Wie lautet nun die aktuelle Abkommensstrategie?

Meiner Meinung nach wird man auf diesem Weg weitergehen.

Luxemburg und Österreich blockieren nach wie vor das Betrugsbekämpfungsabkommen der EU mit Liechtenstein. Braucht das «weisse» Liechtenstein dieses Betrugsabkommen überhaupt noch, und wie realistisch sehen Sie die Gefahr für Liechtenstein, sich eines Tages nicht mehr gegen den automatischen Austausch wehren zu können?

Ich glaube, dass dieses Abkommen nach wie vor einen Vorteil bedeutet. Die Ablehnung durch Österreich und Luxemburg liegt darin begründet, dass beim Inkrafttreten dieser Verträge für sie der automatische Informationsaustausch kommen würde. Das wurde innerhalb der EU so festgehalten.

Meiner Meinung nach ist der automatische Informationsaustausch mit grossen Problemen verbunden. So sind die einzelnen Staaten gar nicht in der Lage, diese Informationsflut zu verarbeiten. Wenn ein so grosser Personenkreis Zugang zu diesen vertraulichen Daten erhält, lässt es sich nicht verhindern, dass sich auch die Mafia diese Daten beschafft und anhand derer Entführungslisten erstellt.

Die Schweiz schlägt zur Vermeidung des automatischen Informationsaustausches die Einführung einer Abgeltungssteuer vor. Wird die Schweiz damit durchkommen und könnte das auch eine Lösung für Liechtenstein sein?

Aufgrund unserer Informationen wird die Schweiz damit nicht durchkommen. Wir haben diese Frage schon vor längerer Zeit über unsere diplomatischen Kanäle abklären lassen und glauben nicht, dass sich das als Lösung durchsetzen wird.

Die OECD-konformen Abkommen, seien es TIEA oder DBA, entfalten ihre Wirkung für das Steuerjahr 2010. Rechnen Sie im nächsten Jahr mit vielen Amtshilfe-Ersuchen aus dem Ausland?

Ich glaube nicht. Wir können in dieser Frage bereits auf Erfahrungen im Hinblick auf das TIEA mit den USA zurückblicken. In der Regel beschränken sich entsprechende Ersuchen auf wenige Fälle. Es muss ein begründeter Verdachtsmoment vorliegen, und die entsprechenden Ermittlungsergebnisse sind mit einem erheblichen Aufwand verbunden.

Welche Zukunftsperspektiven haben aus Ihrer Sicht die liechtensteinischen Treuhänder?

Soweit der Treuhänder wirklich den Kontakt mit seinen Kunden pflegt und sich an die neuen Rahmenbedingungen anpassen kann, sehe ich für ihn nach wie vor gute Perspektiven. Treuhänder, die ihr Geschäftsmodell ausschliesslich auf Steuerfluchtgelder ausgelegt haben, werden sich jedoch schwer tun.

Welchen Mehrwert kann der Finanzplatz Liechtenstein am Ende des laufenden Transformationsprozesses den ausländischen Kunden im Vergleich zu anderen Finanzplätzen noch anbieten?

Wir können gegenüber anderen Staaten eine Reihe von Vorteilen bieten. Abgesehen von den niedrigen Steuern verfügen wir über interessante Rechtsinstitute wie Stiftungen und Trusts. Zudem können wir eine hohe Rechtssicherheit bieten. Das ist gerade im Vergleich zu gewissen Steuer-oasen ausserhalb Europas, wo die Rechtssicherheit in dieser Form nicht gegeben ist, ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Ausserdem ist bei uns ein erhebliches Know-how vorhanden und das Bankwesen erweist sich als sehr solide. So musste in Liechtenstein im Unterschied zu fast allen anderen europäischen Staaten keine Bank durch den Steuerzahler gerettet werden. Das sind Vorteile, die andere Finanzplätze nicht ohne weiteres bieten können.

Sie haben im Geburtstagsinterview vor einem Jahr gesagt: «Vielleicht sollte zuerst das deutsche Wesen am liechtensteinischen genesen». Hat sich seit dem Regierungswechsel in Berlin in dieser Richtung etwas getan?

Der Patient scheint langsam zu erkennen, dass der Rechtsstaat da und dort Symptome einer ernsten Erkrankung aufweist. Zum Unterschied der alten Regierung haben doch einige Regierungsglieder auf die Problematik hingewiesen.

Wann sehen Sie in Deutschland die Voraussetzungen gegeben, um wieder Gemälde aus den Fürstlichen Sammlungen dorthin ausleihen zu können?

Jetzt muss man zuerst abwarten, ob es zu einem Genesungsprozess kommt.

Als sehr skeptisch gegenüber Liechtenstein hat sich in den letzten Monaten Schweden erwiesen, das aufgrund von Vorbehalten in der Steuerfrage Liechtensteins Schengen-Beitritt blockiert. Was sagen Sie zu dieser schwedischen Haltung?

Soweit ich orientiert bin, ist das mehr ein internes schwedisches Problem. Da möchte einfach die grün-rote Opposition der jetzigen Regierung gewisse Schwierigkeiten bereiten. Ich glaube, da sind wir nur ein willkommener Anlassfall.

In der Aussenpolitik wird sich Liechtenstein früher oder später auch mit der Frage zu befassen haben, inwieweit die integrationspolitischen Weichen neu gestellt werden müssen, wenn Island und allenfalls auch Norwegen der EU beitreten. Wie sehen Sie dann die Zukunft des EWR?

Ich kann mich gut daran erinnern, dass man bei der Gründung des EWR davon gesprochen hat, dass das nur eine Übergangslösung sein wird. Totgesagte leben halt oftmals viel länger. Es sieht im Moment nicht danach aus, als ob in absehbarer Zeit Island oder Norwegen der EU beitreten werden. Jetzt über eine künftige integrationspolitische Weiterentwicklung zu spekulieren, halte ich eher für eine Zeitverschwendung.

Die Rezession, kombiniert mit der Finanzmarktkrise und der Finanzplatzentwicklung, schlägt sich mit voller Wucht auf den Staatshaushalt nieder. Der Landesvoranschlag 2010 sieht ein Defizit von 180 Mio. Franken vor. Inwieweit werden sich bei den notwendigen Sparanstrengungen auch Systemfragen stellen?

Wir werden zunächst einmal sehen müssen, wie das Jahr 2010 tatsächlich abschliessen wird. Wir haben ja gerade für solche schwierigen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, erhebliche Reserven angelegt, sowohl auf der staatlichen als auch auf der Gemeindeebene. Wahrscheinlich wird man aber nicht darum herum kommen, auch strukturelle Massnahmen bei den Ausgaben zu ergreifen.

Welchen Spielraum haben Regierung und Landtag bei der Bereinigung des strukturellen Defizits im sozialen Bereich überhaupt? Bei jeder Streichung von bisher zugestandenen Leistungen wird es voraussichtlich einen Aufschrei der Betroffenen geben!

Der Spielraum ist gross, da wir in Liechtenstein auf diesem Gebiet grosszügiger sind als die schon grosszügige Schweiz. Natürlich gibt es bei jeder Streichung einen Aufschrei. Ich stelle aber fest, dass Liechtenstein immer noch sehr attraktiv ist, denn Arme und Reiche wollen nach Liechtenstein ziehen. In jedem Fall muss man die Betroffenen darauf hinweisen, dass sie im Vergleich zu anderen Staaten sehr gut dastehen. Und schliesslich steht es ja jedem frei zu sagen: Dann gehe ich lieber in einen anderen Staat. Aber bis jetzt stellen wir fest, dass wir die Zuwanderung begrenzen müssen. Deshalb glaube ich, dass es uns immer noch sehr gut geht, selbst wenn wir noch strukturelle Massnahmen ergreifen müssen.

Der Staat subventioniert die Krankenkassenprämien im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung derzeit mit 57 Mio. Franken pro Jahr. Wie sehen Ihre gesundheitspolitischen Vorstellungen zur künftigen Finanzierung der Gesundheitskosten aus?

Ich bin für einen relativ hohen Selbstbehalt im Gesundheitsbereich. Das würde die Kosten wahrscheinlich erheblich reduzieren. Wir haben eine Ärztedichte, die weltweit ziemlich einmalig ist, weil wir eben so grosszügig sind. Das verursacht für den Steuerzahler und den Staat hohe Kosten. Deshalb sind im Gesundheitsbereich strukturelle Massnahmen notwendig. Wenn sich jemand diesen Selbstbehalt aufgrund seiner Einkommens- oder Vermögenslage nicht leisten kann, dann wird man ihm helfen müssen. Aber dann werden diese Mittel nicht mehr nach dem Giesskannenprinzip ausgeschüttet, sondern gezielt an jene, die sich den Selbstbehalt nicht leisten können.

Sollten nicht auch die Leistungserbringer stärker in die Verantwortung genommen werden?

Das ist schwieriger, weil die Kontrolle bei den Leistungserbringern nicht einfach ist. Um im Einzelfall kontrollieren zu können, ob diese oder jene Behandlung notwendig ist oder nicht, müsste man eine entsprechende Kontrollinstanz einrichten. Diese würde wiederum zusätzliches qualifiziertes Personal und viel Geld kosten. Damit würde eine neue Bürokratie entstehen. Deshalb denke ich, dass man dieses Problem am einfachsten mit einer deutlichen Erhöhung des Selbstbehalts lösen kann.

Aufseiten des Liechtensteinischen Landesspitals gibt es Pläne für einen Neubau, der etwa das Doppelte einer nachhaltigen Sanierung kosten würde. Wie sollte die liechtensteinische Spitalpolitik im Hinblick auf die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den nächsten Monaten gestaltet werden?

Angeblich soll sich ein Spital wirtschaftlich nur dann rechnen, wenn es mindestens 200 Betten hat. Mit unserer Bevölkerungsanzahl können wir aber nicht 200 Betten auslasten. In der Frage der Spitalversorgung sollten wir regional sehr eng zusammenarbeiten. In der Nähe der Landesgrenzen stehen genügend Spitäler in ausreichender Grösse zur Verfügung.

Die demografische Entwicklung drängt die AHV/IV/FAK-Anstalten in den nächsten Jahren dazu, Massnahmen zur langfristigen Finanzierbarkeit der Renten zu ergreifen. Welche Lösungsansätze schlagen Sie diesbezüglich vor?

Ich bin schon lange der Meinung, dass wir das Rentenalter hinaufsetzen müssen. Dafür braucht es natürlich eine gewisse Übergangszeit, weil die Menschen in der jetzt wirtschaftlich schwierigen Zeit keinen Job finden. Aber tendenziell sollte man das Rentenalter schrittweise erhöhen. Als Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts eine staatliche Rente in Deutschland eingeführt hat, lag die damalige

Lebenserwartung ungefähr bei 65 Jahren. In der Zwischenzeit werden die Menschen durchschnittlich rund 80 Jahre alt. Man muss das Rentenalter ja nicht gleich auf 80 Jahre erhöhen, aber ein schrittweises Hinaufsetzen auf 70 Jahre wäre durchaus sinnvoll.

Trotz des Spardrucks dürfte es für den Staat aber auch unerlässlich sein, in zukunftsgerichtete Projekte zu investieren. Wo sind Investitionen besonders wichtig?

Ich sehe im Moment nicht, wo besonders grosse Investitionen seitens des Staates notwendig wären. Wir haben doch eine sehr gute Infrastruktur. Es geht heute weniger darum, mehr Geld in die Hand zu nehmen sondern vielmehr darum, dass man bestehende Systeme effizienter gestaltet. Ich denke da zum Beispiel an unser ganzes Ausbildungssystem, das viel Geld kostet. Mit einem Gutscheinsystem oder mit Bildungskonten könnte man in diesem Bereich mit weniger Geld mehr erreichen.

Die umfassende Bildungsreform auf der Sekundarstufe I wurde vom Volk verworfen. Trotzdem wird auch von den SPES-Gegnern Reformbedarf erkannt. Wie soll es mit den Reformbemühungen nun weiter gehen?

Ich bin nicht ganz unglücklich, dass SPES verworfen wurde. Wir sollten uns in Richtung Bildungskonten bewegen und die Ausbildungsinstitute weitestgehend privatisieren oder den Gemeinden überlassen. Ich halte es für wenig sinnvoll, dass der Staat die Bildungseinrichtungen selbst betreibt. Er soll die Rahmenbedingungen setzen und die Aufsicht über die Institute ausüben, an denen solche Gutscheine oder Bildungsguthaben eingelöst werden können.

Und der Effekt dieser Bildungskonten?

Im Endeffekt führen Bildungskonten zu mehr Konkurrenz. Das bedeutet, dass sich die einzelnen Bildungseinrichtungen stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten müssen. In der Folge werden jene Schulen am erfolgreichsten sein, welche diese Bedürfnisse am stärksten erfüllen. Damit verabschieden wir uns von der bisherigen Planwirtschaft, welche meistens nur dazu führt, dass an den Bedürfnissen vorbei geplant wird, und die Eltern ihre Kinder an Privatschulen im In- oder Ausland unterbringen.

Wird es im Bildungskonten-System auch ein Untergymnasium geben?

Ich bin sicher, dass es auch ein Untergymnasium geben wird, weil ein gewisses Bedürfnis dafür einfach vorhanden ist. SPES I hätte nur dazu geführt, dass noch mehr Kinder ins Ausland abwandern.

Was kann der Staat für die Stärkung der Standortattraktivität des Wirtschaftsplatzes Liechtenstein unternehmen?

Wir müssen uns immer überlegen, wo der Staat überhaupt noch tätig sein soll. Je mehr Aufgaben er übernimmt, desto schwerfälliger wird so ein Staatswesen, und desto mehr Bürokratie wird es geben. Erfahrungsgemäss ist es recht schwierig, eine Funktion, die der Staat einmal übernommen hat, wieder zurückzunehmen. Gerade die aktuelle Krisensituation bildet doch einen guten Anlass, einmal genau zu analysieren, welche Aufgaben der Staat wirklich wahrnehmen soll und wo dringender Reformbedarf gegeben ist.

Die Koalitionsregierung unter der Führung von Regierungschef Klaus Tschüscher ist nun seit bald einem Jahr im Amt. Wie sieht Ihre Bilanz über die bisherige Regierungsarbeit aus?

Meine diesbezügliche Bilanz sieht recht positiv aus. Die Regierung hat eine Reihe von wichtigen Reformen umgesetzt oder in die Wege geleitet. Wir sind trotz der schwierigen Zeiten, in denen wir uns befinden, auf einem guten Weg.

Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern, einerseits in Regierung und andererseits im Landtag?

Diese Zusammenarbeit entspricht der liechtensteinischen Tradition. Das bedeutet, dass man in der Sache relativ gut zusammenarbeitet, aber nach aussen die Unterschiede betont.

In jüngster Zeit sind Stimmen laut geworden, dass in Sachen Trennung von Staat und Kirche schneller vorwärts gemacht werden soll. Wie dringend sehen Sie die Reform des Staatskirchenrechts?

Das war der einzige wichtige Punkt, den der Erbprinz und ich bei der Verfassungsreform leider nicht verwirklichen konnten. Für eine klare Trennung von Kirche und Staat waren die Widerstände einfach zu gross, sowohl seitens der Politik als auch seitens der Kirche. Ich bin davon überzeugt, dass eine klare Trennung nach wie vor die sinnvollste Lösung wäre und hoffe, dass die aktuelle Diskussion den Umdenkprozess in der Politik zu beschleunigen vermag. Ich habe den Eindruck, dass man auf kirchlicher Seite einer solchen Trennung heute offener gegenübersteht als früher.

Wie stehen Sie zum immer wieder in die Diskussion eingebrachten Vorschlag einer Konkordatslösung?

Zuerst müssen wir uns im Klaren sein, wohin die Reise gehen soll. Jetzt ein Konkordat abzuschliessen, ist meiner Ansicht nach sinnlos. Wir müssen zuerst die Verfassung ändern und ein Religionsgesetz schaffen, um für die Religionsgemeinschaften – zum Beispiel mit der „italienischen Lösung“ – eine gewisse finanzielle Unterstützung sicherstellen zu können. Noch lieber wäre mir die „amerikanische Lösung“, bei welcher der Steuerzahler seine Spenden von den Steuern abziehen kann. In meinen Augen braucht es danach auch kein Konkordat mehr.

Zur Erhaltung des gesellschaftspolitischen Friedens gehört auch, dass die in Liechtenstein lebenden Muslime ihren Glauben frei ausüben dürfen. Können Sie sich vor dem Hintergrund des Schweizerischen Abstimmungsergebnisses die Bewilligung eines Minaretts in Liechtenstein vorstellen?

Ich würde schon sehr hoffen, dass man so ein Minarett bewilligt, falls der Wunsch dafür vorhanden wäre. Wir erwarten ja auch, dass in den Staaten, wo der Islam die vorherrschende Religionsgemeinschaft ist, Kirchtürme zugelassen werden. Allerdings ist man nicht in allen islamischen Ländern so tolerant. Ich denke da an Saudi-Arabien und gewisse andere islamische Staaten. Trotzdem glaube ich, dass es die falsche Politik wäre zu sagen: Weil sie in bestimmten islamischen Staaten keine Kirchtürme zulassen, lassen wir bei uns auch keine Minarette zu. Wir sollten Toleranz zeigen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie interpretieren Sie das schweizerische Minarettverbot?

Das Minarettverbot erhöht die Spannungen zwischen den Religionen und erschwert den Christen die Religionsausübung in den islamischen Staaten. Letzten Endes schaden wir nur unseren eigenen Glaubensbrüdern und -schwestern in den islamischen Staaten.

Wie beurteilen Sie die Toleranz der einheimischen Bevölkerung, wenn es um die Errichtung von einem muslimischen Friedhof in Liechtenstein geht?

Da habe ich natürlich die gleiche Einstellung wie bei den Minaretten. Wir möchten ja auch, dass unsere Glaubensbrüder und -schwestern in den islamischen Staaten ihren Friedhof haben können und nicht im Ausland begraben werden müssen, wie das teilweise der Fall ist. Die Verstorbenen ins Ausland schaffen zu müssen, um sie dort beerdigen zu können, halte ich in der heutigen modernen Welt für ein Unding. Das wäre also tiefstes Mittelalter! Ich hoffe nicht, dass wir in eine solche Zeit zurückfallen.

Durchlaucht, wie geht es Ihnen nach einem Jahr in der «Pension»?

Ich habe nicht die Absicht, demnächst in die Pension zu gehen. Ich kümmere mich jetzt wieder vermehrt um die Vermögensverwaltung des Fürstenhauses und werde das – soweit ich das gesundheitlich machen kann – auch weiterhin tun.

Ihr Buch «Der Staat im dritten Jahrtausend» wird Ende Februar nun auch in Deutsch erscheinen. Welche Resonanz erhoffen Sie sich im deutschsprachigen Raum?

Ich hoffe, dass mein Buch auch im deutschsprachigen Raum auf eine gewisse Resonanz stossen wird. Die englischsprachige erste Auflage ist faktisch schon ausverkauft. Es wird gleichzeitig mit der deutschen Ausgabe ein zweiter Druck für die englische Ausgabe auf den Markt kommen. Ausserdem wächst das Interesse, das Buch in weitere Sprachen zu übersetzen. So wird es derzeit ins Italienische übersetzt. Es wird zudem ins Polnische und Arabische übersetzt werden. Weitere Sprachen sollen folgen.

Aus Anlass Ihres 65. Geburtstages zeigt das Liechtenstein Museum in Wien seit gestern in einer Sonderausstellung «Der Fürst als Sammler» 140 Meisterwerke aus den Fürstlichen Sammlungen mit dem Fokus auf Neuerwerbungen. Weshalb kaufen Sie immer neue Stücke hinzu?

Ich sehe die Neuerwerbungen auch als Bestandteil des weiten Bereichs der Vermögensverwaltung. Ich glaube, dass die wieder aufgenommene Sammlertätigkeit in den letzten drei Jahrzehnten eine sehr gute Investition darstellt. Wenn man sich die Preise ansieht, die wir in den letzten Jahrzehnten für diese Kunstwerke bezahlt haben, und was die heutigen Schätzwerte sind, so hat hier ein erheblicher Vermögenszuwachs stattgefunden.

Das Liechtenstein Museums in Wien ist derzeit von Freitag bis Dienstag, 10 bis 17 Uhr, geöffnet. Wie läuft der Betrieb in wirtschaftlicher Hinsicht?

Der Betrieb ist im Moment auf diese Öffnungszeiten beschränkt. Die unbefriedigenden Besucherzahlen im jetzigen Museum in der Fürstengasse 1 sind ja auch ein Problem des Standorts. Wenn wir das Palais in der Bankgasse renoviert haben, werden wir zusätzliche Ausstellungsräume dazu gewinnen. Dann werden wir sehen, ob wir mit der Ausstellung in der Bankgasse mehr Besucher anziehen können.

Wie weit sind die Renovationsarbeiten am Palais Liechtenstein in der Bankgasse denn bereits gediehen?

Gegenüber den ursprünglichen Plänen mussten wir die Eröffnung um fast ein Jahr verschieben. Auch werden sich die Kosten um rund 10 Prozent erhöhen. Diese Anpassungen müssen wir aufgrund von geologischen Problemen, die man trotz umfangreicher Untersuchungen vorher nicht er-

kennen konnte, und aufgrund von damit verbundenen Schäden in Kauf nehmen. Heute bin ich aber zuversichtlich, dass wir sowohl im Zeitrahmen als auch im Kostenrahmen bleiben werden. So können wir die Ausstellungsräume voraussichtlich im Jahr 2012 eröffnen. Zudem wird dann auch die LGT die Büroräume im Palais Liechtenstein in der Bankgasse beziehen können. Was die privaten Räume für die Fürstenfamilie betrifft, so können wir bereits im Jahr 2011 einziehen, da hier nicht so umfangreiche Arbeiten geleistet werden mussten. Auch das Depot, das dort entsteht, wird schon vorher bezugsbereit sein.

Darf man wissen, in welchem Kostenrahmen sich das Ganze bewegt?

In der ursprünglichen Budgetierung sind wir von ungefähr 80 Mio. Euro ausgegangen. Jetzt liegen wir bei knapp 90 Mio. Euro.

Diese Millionen stellen aber sicher eine gute Investition dar!

Es ist uns eigentlich nicht sehr viel anderes übrig geblieben. Die andere Alternative wäre gewesen, das ganze Palais zu verkaufen. Wir mussten dringend etwas unternehmen. Die Restaurierung, die ich in den 70er-Jahren veranlasst habe, war ein Provisorium. Es war klar, dass man früher oder später eine wesentlich umfassendere Restaurierung durchführen muss, um die Bausubstanz zu retten.

Durchlaucht, Sie können an Ihrem 65. Geburtstag auf eine erfolgreiche Tätigkeit als Banker, Chef des Hauses Liechtenstein und Staatsoberhaupt zurückblicken. Was kann Sie in den nächsten Jahren noch herausfordern?

Ich konzentriere mich heute wieder auf die Vermögensverwaltung. Auf der einen Seite möchte ich RiceTec zu einem weltweit führenden Reissaat-Unternehmen ausbauen, das in allen wichtigen Reisanbaugebieten präsent ist. Weiter möchte ich die Lieco GmbH & Co KG in Kalwang zu einem internationalen Forstpflanzenunternehmen ausbauen, das eines Tages global operieren wird.

Dann interessieren mich weiterhin Fragen der Physik. Da unterstütze ich gewisse Forschungsprojekte. Wir stehen ja immer noch vor der Problematik, dass sich die Einstein'sche Physik und die Quantenphysik in gewissen Bereichen widersprechen. Also steht sicher irgendwann einmal ein neues physikalisches Modell im Raum, welches die Phänomene, die wir in diesen beiden physikalischen Welten haben, in einer umfassenden Theorie vereinen kann.

Wie beurteilen Sie die Zukunftsperspektiven für Liechtenstein und seine Bevölkerung in den kommenden fünf Jahren?

Unsere Wirtschaft ist sehr diversifiziert und konkurrenzfähig. Wir sind eben nicht – wie es dem Klischee im Ausland entspricht – ein Staat, der im Wesentlichen vom Finanzdienstleistungssektor und vom Tourismus abhängt. Liechtenstein ist pro Kopf gesehen der höchst industrialisierte Staat in Europa.

Ich bin auch zuversichtlich, dass wir mit gewissen strukturellen Veränderungen im Finanzdienstleistungssektor erfolgreich sein werden. Es gibt Bereiche im Finanzdienstleistungssektor, die weiter wachsen, z.B. der Versicherungsbereich. Wie erwähnt, waren wir auch einer der ganz wenigen Staaten, der keine Banken mit Steuergeldern retten musste – obwohl wir mit 15 Banken oft als «overbanked» gelten.

Auch der Staat steht im Unterschied zu anderen Staaten, die schon vor der Krise überschuldet waren, finanziell sehr gut da.

Was wünschen Sie sich von der Politik und der Bevölkerung zu Ihrem 65. Geburtstag?

Ich bin an und für sich wunschlos glücklich. Der Erbprinz macht seine Aufgabe sehr gut. Wir müssen einfach auf dem Weg voranschreiten, den wir in den letzten Jahrzehnten recht erfolgreich beschritten haben. Die Zusammenarbeit zwischen Volk und Fürstenhaus war in den vergangenen drei Jahrhunderten im Grossen und Ganzen erfolgreich, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir für die Zukunft auf dem richtigen Weg sind.